



**ANNETTE SCHÜTZE**

Landtagsabgeordnete  
für Braunschweig-Süd und Vechelde

ANSCHRIFT Bürgerbüro Annette Schütze MdL  
Schloßstraße 8  
38100 Braunschweig

TELEFON 0531.4809835

E-MAIL [info@annette-schuetze.de](mailto:info@annette-schuetze.de)  
INTERNET [www.annette-schuetze.de](http://www.annette-schuetze.de)  
[www.facebook.com/schuetzespd](https://www.facebook.com/schuetzespd)

18. Juli 2022

**SPD lädt zum Austausch über die aktuelle Lage im Baugebiet „Heinrich der Löwe“ ein - Schütze: die Stadt muss zukünftig Einfluss auf Planung und Ausgestaltung von Neubaugebieten behalten**

Am Freitag den 15. Juli 2022 lud die SPD Rautheim zu einer Open Air Veranstaltung im neuen Wohnquartier Heinrich der Löwe (HdL) ein. Anlass war der politische Austausch zwischen den Bewohner\*innen, der Landtagsabgeordneten Annette Schütze, Bezirksbürgermeister Detlef Kühn und dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Dietmar Schilff zum Fortschritt der Baumaßnahmen und den weiteren Perspektiven für Verbesserungen.

„Statt der ursprünglich geplanten 400 Wohneinheiten werden auf dem Gelände nun etwa 675 durch den privaten Investor gebaut. Eine derartige Verdichtung des Wohnraums hat natürlich Auswirkungen auf die notwendige Infrastruktur. Diese muss unbedingt mitwachsen, wenn der Bedarf an Krippen-KiTa- und Grundschulplätzen gedeckt werden soll“, umreißt Annette Schütze, Landtagsabgeordnete für Braunschweig-Süd und Mitglied im Rat der Stadt, die Problemlage. „Die bereits eingezogenen Bürgerinnen und Bürger sehen sich außerdem mit der Aussicht konfrontiert, bis auf weiteres auf einer Großbaustelle zu leben. Das der Zufahrtsweg weiterhin als Bauzufahrt genutzt wird führt nicht nur zu einer erhöhten Lärmbelastigung, sondern stellt auch eine Gefährdung für Fußgänger – insbesondere Schulkinder – dar. Zudem ist der Zugang zur geplanten Kita von der Braunschweiger Straße aus viel zu eng und unübersichtlich. Hier entsteht ein neuer Gefahrenpunkt, der vermeidbar gewesen wäre. Denn wird der rückwärtige Zugang zur KiTa von Kindern und Eltern genutzt, entstehen problematische Verkehrsverhältnisse, da auch hier ein Plan für eine geordnete

Verkehrsführung nicht zu erkennen ist. Aufgrund der geringen Verkehrsflächen sind schon jetzt Interessenkonflikte zwischen Anwohnern, Fußgängern und Autofahrern vorprogrammiert. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden“, fasst Schütze zusammen.

In der vergangenen Ratssitzung war im nicht öffentlichen Teil eine Vorlage zum außergerichtlichen Vergleich zwischen der Stadt Braunschweig und dem Investor MTbau behandelt worden. Durch die Einigung konnten einzelne Verbesserungen in der Infrastrukturplanung erreicht werden, insbesondere im Bereich der KiTa-Planung. Details sollen in der nächsten Bezirksratssitzung öffentlich vorgestellt werden, wenn Rechtssicherheit über den Vergleich herrscht. „Am 6. Juli wurde mit den Arbeiten zur Herstellung der äußeren Erschließung begonnen. Diese umfasst auch eine Verbreiterung des Gehweges auf der Nordseite der Braunschweiger Straße und eine Querungshilfe über die Braunschweiger Straße im Bereich der Pablo-Picasso-Straße. Damit wird der Schulweg für viele Schülerinnen und Schüler der Grundschule Rautheim sicherer und die bisher nur provisorische Querungssituation deutlich verbessert“, erklärt Bezirksbürgermeister Detlef Kühn.

SPD-Ortsvereinsvorsitzende Dietmar Schilff bekräftigt: „Wir stehen mit den Menschen vor Ort auch weiterhin in engem Kontakt und beobachten die Entwicklungen genau. Die Bürgerinnen und Bürger in Rautheim wissen, dass wir als SPD-Ortsverein immer ihre Interessen im Blick haben und uns für sie einsetzen. Der neu entstehende Fußweg zwischen Pablo-Picasso-Straße und Rautheimer Kreisel trägt erheblich zur Verkehrssicherheit bei und ist ein gutes Beispiel für den Erfolg unseres engen Austauschs.“

Die Schwierigkeiten rund um das HdL-Wohnquartier haben bereits politische Konsequenzen nach sich gezogen: „Im Rahmen der politischen Aufarbeitung des Bauvorhabens hat der Rat der Stadt Braunschweig einen neuen Baulandpolitischen Grundsatzbeschluss verabschiedet. Demnach werden bei künftigen Baugebieten erst dann Bebauungspläne erstellt, wenn mindestens fünfzig Prozent der Baufläche auf die Stadt übertragen worden sind. Damit wird sichergestellt, dass die Stadt auch im Verlauf der Baumaßnahmen Einfluss nehmen und – wenn notwendig – korrigierend eingreifen kann“, so die Ratsmitglieder Schütze und Kühn.